



REPUBLIK ÖSTERREICH  
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.676/2-DSR/93

Dr. SINGER  
2768

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	.....-GE/19.....
Datum: 24. NOV. 1993	
Verteilt 25. Nov. 1993	

Betrifft: Produktsicherheitsgesetz 1994,  
Stellungnahme des Datenschutzrates

*St. minister*

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des  
Datenschutzrates zum im Betreff genannten Gesetzesentwurf  
übermittelt.

Anlagen

18. November 1993  
Für den Datenschutzrat  
Der Vorsitzende:  
VESELSKY

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Kreisung*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Te1. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.676/2-DSR/93

Dr. SINGER  
2768

An das  
Bundesministerium für Gesundheit,  
Sport und Konsumentenschutz

Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

Betrifft: Produktsicherheitsgesetz 1994,  
do. GZ 70 4552/2-I/B/7/93;

Stellungnahme des Datenschutzrates

Der Datenschutzrat hat zu dem im Betreff genannten  
Gesetzesentwurf in seiner Sitzung am 17. November 1993 folgende  
Stellungnahme beschlossen:

Zu § 7:

Die darin vorgesehene Meldepflicht von gefährlichen Produkten  
entspricht den Notwendigkeiten zur Vermeidung der Verwendung  
solcher gefährlicher Produkte. Unklar ist jedoch, inwieweit  
auch Firmendaten, die nach der österreichischen  
Datenschutzgesetzgebung personenbezogene Daten sind, zu melden  
sind. Dies sollte ausdrücklich klargestellt werden und für den  
Fall, daß Firmendaten betroffen sind, diese Firmendaten taxativ  
aufgezählt werden.

Um Interpretationsschwierigkeiten mit der Lösungsbestimmung  
in § 12 DSG zu vermeiden, wird vorgeschlagen, den letzten Satz  
des § 7 Abs. 3 folgendermaßen zu formulieren: "Eine Löschung  
der ermittelten Daten hat unter Bedachtnahme auf § 12 DSG,  
insbesondere wenn die Unrichtigkeit der Daten erwiesen ist, zu  
erfolgen."

- 2 -

Zu § 15:

Soweit von der in § 15 vorgesehenen Meldung auch unternehmensbezogene Daten erfaßt sein sollen, wäre es notwendig, die gemäß § 15 mitzuteilenden Daten im Gesetz selbst taxativ aufzuzählen und nicht erst gemäß § 15 Abs. 3 einer zu erlassenden Verordnung vorzubehalten.

Zu § 18:

Diese Bestimmung sieht eine Datenübermittlung über gefährliche Produkte vor und ist einerseits durch die Aufgaben des Produktsicherheitsbeirates (§ 17), andererseits durch die Beschränkung auf gefährliche Produkte beschränkt.

Im Hinblick auf die Gefahrenabwehr, die durch solche Meldungen erreicht werden kann, scheint die Notwendigkeit der Datenübermittlung allfällige schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen an den Daten zu überwiegen. Wenn - wie die Erläuterungen ausführen - eine Nennung der Empfänger nicht möglich ist, sollte jedoch zumindest der Meldungsinhalt vom Gesetz vorgegeben sein.

18. November 1993  
Für den Datenschutzrat  
Der Vorsitzende:  
VESELSKY

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Wiesinger*